

## **Innenminister Holger Stahlknecht zu Besuch bei den Montagsdemonstranten**

Auf dem Weg zum Technischen Rathaus stattete Minister Stahlknecht den auf den Marktplatz versammelten Demonstranten einen kurzen Besuch ab. Im Gespräch mit den Vorstandsmitgliedern der BI für sozial gerechte Abwasserabgaben erkundigte er sich nach dem Anliegen der Demonstranten. Er konnte sich auch noch gut an ihm gerichtete Briefe erinnern, in denen auf die besondere Situation der Abwasserentsorgung WSF hingewiesen wurde und in denen auch die hier herrschenden Demokratiedefizite benannt wurden. Er entgegnete, dass er selbst in seiner Zeit als Bürgermeister das Problem mit den Herstellungskostenbeiträgen im Sinne und zur Zufriedenheit seiner Bürger gelöst hatte. Es war eine zufällige Begegnung auf seinen Weg von einem Besuch der Sachsen Anhalt Kaserne zu einer Beratung beim Oberbürgermeister. Aber äußerst Symbolträchtig, war doch ein Schwerpunktthema der Demo vom 4. 03. 2013 die vom Minister Stahlknecht vor kurzem vorgestellte neue Kommunalverfassung.

Sein positives Zugehen auf die Demonstranten fand dann auch allergrößte Beachtung und Zustimmung.

Welch ein Gegensatz zu dem CDU Landtagsabgeordneten Linau. Wie ein Dieb, der nachts an der Wand entlang schleicht, so huschte Linau mit eingezogenem Kopf an den versammelten Demonstranten vorbei. Auch auf die nachgerufene Aufforderung, einen Gruß oder ein Grußwort an sie zu richten, reagierte er nicht. Welchen Inhalt die Gespräche hatten wissen wir nicht. Aber dass er Gast beim Demokratieverweigerer Nr. 1 in Sachsen Anhalt war, sollte Minister Stahlknecht schon wissen. Demzufolge beschlossen die Demonstranten nach Ende der Kundgebung vor das Technische Rathaus zum Beratungsraum des OB zu ziehen. WSF befindet sich in einer entscheidenden Phase, in der ohne jede öffentliche Behandlung von einem kleinen Kreis der amtierenden Geschäftsführung der AÖR und dem Verwaltungsratsvorsitzenden Risch, die entscheidenden Weichen für die zukünftige Abwasserentsorgung gestellt werden. Dabei geht es um die Satzungserarbeitung für Herstellungskostenbeiträge und um die laufende Kläranlagen Investition, die ins bodenlose abzurutschen droht. Der OB sollte deshalb nachdrücklich an seine vielen Versäumnisse erinnert werden. So war dann auch der Ruf nach 70 – 30 zu hören, als zwingend notwendiger Maßstab für die Lastenverteilung bei einer künftigen Beitragserhebung. Die versammelten Bürger hatten natürlich die Hoffnung, dass der OB Risch die Gelegenheit wahrgenommen hat, dem Innenminister sein mangelhaftes Demokratieverständnis und sein äußerst gespanntes Verhältnis zu den Bürgern der Stadt zu erklären.